



Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
World Economy, Ecology & Development

weed

Too big to fail?

WEED-Stellungnahme zur Regulierung systemisch wichtiger Finanzinstitutionen

Berlin, 28.6.2011

Der Vorschlag des Baseler Ausschusses für Bankenregulierung vom vergangenen Wochenende, den systemisch wichtigen Finanzinstitutionen (SIFIs) eine höhere Eigenkapitalquote von bis zu 2,5% abzuverlangen, ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, bleibt aber weit unter dem, was die Problemlage erfordert.

1. Eigenkapitalquote für SIFIs von mindestens 15% nötig.

Bereits für die nicht-systemrelevanten Banken hatte das Sekretariat des Baseler Ausschusses ursprünglich eine Quote von 12% vorgeschlagen, die dann infolge des Drucks durch die Lobby der Finanzindustrie auf 7% gedrückt wurde. Inzwischen haben deshalb die Schweiz und Großbritannien beschlossen, eine höhere Quote einzuführen. Wenn jetzt für SIFIs eine zusätzliche Quote von bis zu 2,5% vorgeschlagen wird, bleibt das noch unter dem ursprünglichen Vorschlag für nicht-systemrelevante Banken. Deshalb sollte die Quote für SIFIs in Basel III auf mindestens 15% gesetzt werden.

2. Übergangsfristen verkürzen.

Die Übergangsfristen für die Implementierung von Basel III wurden auf 2018 ausgedehnt. Bis dahin kann der nächste große Crash gekommen sein, zumal die Krise als öffentliche Verschuldungskrise und als Euro-Krise noch in vollem Gange ist.

Daher sollte die Implementierung von Basel III für SIFIs auf spätestens 2013 festgelegt werden.

3. Schattenbanken einbeziehen.

Die Baseler Regelung gilt nur für Banken. Hedge Fonds, Private Equity Fonds u.a. institutionelle Investoren können aber ebenfalls eine systemrelevante Größe erreichen, wie der Bankrott von LTCM 1999 oder von Bear Stearns gezeigt haben. Die beste Lösung wäre es, Hedge Fonds generell nicht mehr zuzulassen. Sie haben volkswirtschaftlich keinerlei Nutzen, sind aber sehr risikobehaftet. Solange die Abschaffung politisch nicht durchsetzbar ist, sollten sie zumindest streng reguliert werden und auf alle Fälle eine Obergrenze bei der Masse des verwaltenden Vermögens eingezogen werden.

4. **Oligopolistische Tendenzen.**

Die Baseler Regulierung folgt einer stabilitätspolitischen Logik, d.h. sie ist Risikovorsorge gegen zukünftige Krisen. Das ist richtig und notwendig. Finanzmarktstabilität ist ein öffentliches Gut.

Allerdings sind die SIFIs auch in normalen Zeiten, also wenn keine Krise herrscht, bereits ein Problem. Sie verfügen über enorme Marktmacht und tendieren dazu, diese zu oligopolistischen Praktiken zu missbrauchen.

Zudem muss der Finanzsektor insgesamt gesundgeschrumpft werden. Andernfalls wird der allein durch die schiere Größe erzeugte Renditedruck immer wieder zu Problemen führen. Die SIFIs müssen einen entsprechenden Beitrag dazu leisten.

Daher bedarf es einer Kartell- oder Antitrustgesetzgebung, die Institute ab einer bestimmten Größe zerlegen kann.

5. **SIFIs - ein Demokratieproblem.**

Die oligopolistische Tendenz ist nicht nur makro-ökonomisch kontraproduktiv, sondern auch ein politisches, ein Demokratieproblem. Sie gibt den SIFIs einen übermäßigen Einfluss auf politische Entscheidungen. Wie die Erfahrungen der letzten Dekaden bis ins heutige Krisenmanagement hinein zeigen, konnte die Lobby der SIFIs beträchtliche Erfolge bei der Durchsetzung ihrer Interessen erzielen. Da sie zudem international bestens vernetzt und organisiert sind, können sie *regulatory arbitrage* systematisch für ein *race to the bottom* bei Regulierung und Aufsicht nutzen.

Daher müssen die großen Institute wieder auf ein demokratiekompatibles Maß zurückgeführt werden.